



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Israels holen aus den Heiden, dahin sie gezogen sind, und will sie allenthalben sammeln und will sie wieder in ihr Land bringen.“ Sie sah darauf die Weissagung als Engelsgestalt, die auf eine jüdische Familie niederschaut und mit der Rechten nach Osten weist, und sie gelobte sich, ihr Leben lang alles, was sie könne, zu tun, damit dieser Engel seine Absicht erreiche, sei es auch nur dadurch, daß sie den stütze und erquickte, der seine feurige Kraft in das Werk legte. Sie traten unter den Trauhimmel.

Der Vorbeter sang mit dünner Stimme allein ein Synagogenlied. Dann sprach der Rabbiner das tägliche Gemeindegebet, worin er auch der Seele des verstorbenen Vaters gedachte, und hielt — infolge der erlittenen Überraschung noch ein wenig unsicher und mit Vorsicht — seine freie Ansprache. Er segnete den bereitstehenden Wein und reichte ihn den Brautleuten zum trinken. Hierauf steckte der Verlobte ihr den Ring an den Finger und sprach: Dadurch sollst du mir geheiligt sein nach dem Gesetz Moses und Israels und — setzte er hinzu — nach der Gnade Jesu Christi —

Eine entsetzte unwillige Bewegung ging durch die kleine Versammlung, aber man hielt an sich. Als die Zeremonie beendet war, murrte eine Gruppe von Gästen im Winkel leise über den Rabbiner, der einer Schmach Israels seine Hilfe geliehen habe, und wurde von andern vergeblich gefragt, worin denn die Schmach liege. Niemand wußte es zu sagen, und sie kamen in dem Wunsche überein, daß der Einige alle bei Verstand erhalten möge. Miriam aber hatte die glimmenden Augen und die aufgeregten Hände gesehen und ergriff noch einmal das Weinglas, wandte sich zu den Anwesenden und sagte feierlich:

So will ich auch noch nach unsrer Sitte tun, hört es alle: Alexander Welt hat den christlichen Glauben angenommen, ich noch nicht, aber so möge jeder zertreten werden, der zwischen uns Feindschaft zu erregen sucht! und sie warf das Glas auf den Boden und setzte den Fuß auf die Scherben.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Parlamentarische Weihnachtsferien. Kompromiß in der Ostmarkenfrage. Besoldungsreformen in Preußen. Die Flottenfrage. Die Börsengesetznovelle. Zur Frage der Reichsfinanzen.)

Berlin, 15. Dezember 1907

Der Reichstag und der preußische Landtag sind beide in die Weihnachtsferien gegangen. Der Reichstag hat die erste Lesung des Etats, der Flottenvorlage, des Reichsvereinsgesetzes, der Börsengesetznovelle, des Gesetzes über die Verfolgung der Majestätsbeleidigungen und noch einiger kleinerer Vorlagen, sowie einige Interpellationen und Petitionen erledigt. Er ist also außerordentlich fleißig gewesen. Was aber die Hauptsache ist, er hat, dank der lusttreinigenden Krisis, die zum Teil recht schwierigen Fragen so behandelt, daß die Aussichten auf eine Verständigung und ein positives Ergebnis bei allen Vorlagen bedeutend gestiegen sind. Die berechtigte Betonung der Parteiüberzeugungen hat in den letzten Beratungen nach Beilegung der Krisis niemals mehr die Grenze überschritten, die den Rückzug schwer und jedes den praktischen Erfordernissen zu bringende Opfer fast unmöglich macht.

Man hat sich, wie es scheint, auch einigermaßen darüber beruhigt, daß sich die Politik des preußischen Landtags nicht ganz der des Reichstags entsprechend gestaltet. Das Abgeordnetenhaus hat sich außer mit kleinern Arbeiten zunächst mit der Ostmarkenvorlage beschäftigt und diese auch schon einmal in der Kommission durch-

beraten. Einstweilen allerdings mit negativem Erfolg, weil die Konservativen stärkere Garantien gegen die von ihnen befürchteten Mißbräuche verlangten, und als die Regierung nicht ohne weiteres nachgab, die Vorlage ablehnten. Daß das nicht so schlimm gemeint war, sondern nur besondere Verständigungsverhandlungen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteiern anbahnen sollte, wurde sogleich bekundet. Es ist seitdem gelungen, ein Kompromiß herbeizuführen, das dem Gesetz eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus sichert und auch die Zustimmung der Regierung finden wird. Freilich wird darunter die Wirksamkeit des Gesetzes leiden, für dessen Zweck die vereinbarte Änderung nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeutet. Aber es ist damit doch die Möglichkeit für einen kleinen Schritt vorwärts geschaffen, und es wird ferner dadurch der Boden bereitet für eine in etwa zwei bis drei Jahren voraussichtlich notwendige Erweiterung des Gesetzes im Sinne der jetzt abgelehnten Regierungsvorlage. Bis dahin werden die Konservativen voraussichtlich erkannt haben, daß die Bedenken einiger Interessentenkreise, denen die Mitglieder der konservativen Fraktion im Abgeordnetenhaus Rechnung tragen mußten, in Wirklichkeit keine praktische Bedeutung haben, ja daß die Regierung ursprünglich das Interesse der deutschen Grundbesitzer ausgiebiger gewahrt hatte, als es geschehen wäre, wenn man den kurzfristigen, von einem blinden Mißtrauen diktierten Interessentenwünschen nachgegeben hätte. Die Hauptsache ist aber auch jetzt erreicht, denn der Ansiedlungskommission wird das Weiterarbeiten ermöglicht, ohne daß sie genötigt ist, zur Erfüllung ihrer Aufgaben lediglich an die Zerkleinerung deutschen Großgrundbesitzes gebunden zu sein. Es gibt zwar deutsche Großgrundbesitzer in den Ostmarken, die von deutsch-nationaler Politik sehr eigenartige Begriffe haben. Sie nennen es nationale Politik, wenn sie selbst für ihre Güter die hohen Preise bekommen anstatt der Polen. Darum ist es ihnen ganz recht, wenn die Ansiedlungskommission nur von Deutschen kauft. Wer nicht diesen engen Standpunkt teilt — und heutzutage ist doch schon der größere Teil der deutschen Besitzer zuverlässig national —, der muß erkennen, daß die Interessen des deutschen Großgrundbesitzes im allgemeinen schwer geschädigt werden, wenn er zerschlagen wird, während die polnische Aristokratie in ihrem ererbten Besitz bleibt. Es handelt sich nicht darum, alten polnischen Besitz ausnahmslos zu vernichten und in deutsche Hand überzuführen; man will nur den deutschen Besitz nicht schmälern, sondern ihn dadurch vermehren, daß man sich des polnischen Besitzes überall da versichern kann, wo er zur Gefährdung des Deutschtums und als Hindernis für die Abrundung der Ansiedlungsbezirke dient. Von den meisten Beurteilern wird zu wenig beachtet, daß es meist nicht der alte, seit Generationen in fester Hand befindliche polnische Besitz ist, der uns stört, sondern die kleinern Güter und Grundstücke, die von den Organen des Polentums erst infolge des Ansiedlungsgesetzes in den letzten zwanzig Jahren angekauft oder wirtschaftlich gestützt worden sind, nur um der Ansiedlungskommission den Weg zu verlegen und ihr in die Siedlungsgebiete polnische Enklaven hineinzusetzen, die eigensinnig festgehalten werden, damit die Schaffung von wirtschaftlich selbständigen deutschen Komplexen verhindert wird. Je mehr die Ansiedlungskommission freie Hand hat, Hindernisse dieser Art durch Enteignung aus dem Wege zu räumen, desto seltner wird sie genötigt sein, in alte und festbegründete polnische Besitzrechte einzugreifen. Denn die Fläche dieses von den Polen eigens erst für Kampfwende — meist von deutschen Bauern — erworbenen Grund und Bodens ist ziemlich groß, und in ihm liegt die nächste Gefahr für das Deutschtum. Deshalb wollte man dafür zunächst das Enteignungsrecht haben. Die Anwendung dieses Rechts auf die bezeichneten Fälle kann unmöglich als eine unbegründete Härte gelten, da dieser Besitz von den Polen zuerst zu einem Kampfobjekt gestempelt worden ist. Im

übrigen hätte das bloße Bestehen des Enteignungsrechts von den Polen den Druck genommen, dem sie jetzt durch ihre Volksgenossen ausgesetzt sind. Wie viele Polen würden von Herzen gern ihre Güter der Ansiedlungskommission verkaufen und das schöne Geld dafür einstreichen, wenn sie nicht den unbarmherzigen Boykott ihrer Volksgenossen zu fürchten hätten, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Achtung in der schlimmsten Form! Besteht aber das Enteignungsrecht, so werden sie es verstehen — und auf die dazu nötige Schlaueit und Verstellungskunst kann man bei den Polen unbedingt vertrauen! —, eine Zwangslage vorzuschützen. Man darf überzeugt sein, daß die Ansiedlungskommission von dem Augenblick an reichliche Angebote von Polen erhalten wird, sodaß sie kaum jemals nötig haben wird, mit irgendwelcher Härte von dem Enteignungsrecht Gebrauch zu machen.

Nun hat ja allerdings die Kommission des Abgeordnetenhauses in der guten Absicht, die „Härten“ des Enteignungsrechts zu mildern, eine erhebliche Verschärfung in die Vorlage hineingebracht, sodaß das soeben Gesagte für die wahrscheinlich zunächst bevorstehende Fassung des Gesetzes nur in beschränktem Maße gilt. Denn wenn die Ansiedlungskommission nur an wenige engbegrenzte Bezirke gebunden ist, in denen polnischer Besitz enteignet werden kann, dann wird es ganz wohl ohne Härten für die Polen nicht abgehen, und die eigentliche Wirkung des Enteignungsrechts, die Brechung des Widerstandes der Polen gegen freihändigen Verkauf und die Überwindung des polnischen Terrorismus, wird dadurch unterbunden.

Noch zweifelhafter ist es, ob die Ostmarkenvorlage, wenn sie in der Fassung des Kompromisses Gesetz wird, nach einer andern Richtung hin die Erwartungen erfüllen wird, die mit den neuen gesetzgeberischen Maßnahmen für das Deutschtum in den Ostmarken verknüpft wurden. Es handelt sich um die Gesundung des Gütermarktes. Die Käufe der Ansiedlungskommission und die verzweifelten Anstrengungen der Polen, als Gegenwehr möglichst viel ostmärktischen Boden in ihre Hand zu bekommen und dafür die abenteuerlichsten Preise zu zahlen, haben bekanntlich die Güterpreise auf eine schwindelhafte Höhe getrieben und den Grundbesitz in einem vorher nie gekannten Umfange zum Handels- und Spekulationsobjekt gemacht. Dieser Übelstand muß durch die Fortdauer des bisherigen Verfahrens noch weiter gesteigert werden, dann aber kann eine Katastrophe nicht ausbleiben, weil jetzt schon zwischen Bodenertrag und Grundstückspreisen ein Mißverhältnis eingetreten ist, das eine normale Verzinsung der in Grundbesitz angelegten Kapitalien nicht mehr erlaubt. Eine Anzahl von Besitzern hält sich überhaupt nur dadurch, daß die steigenden Güterpreise ihnen die Aussicht öffnen, ihren Besitz, den sie selbst schon zu teuer gekauft haben, dennoch vorteilhaft loszuschlagen. Die Ansiedlungskommission muß ihnen zahlen, was sie wollen, sonst führen sie ihre Drohung aus, an einen Polen zu verkaufen. Andre, die auf altererbtem Grund und Boden sitzen und unter normalen Verhältnissen niemals daran denken würden, die heimische Scholle aufzugeben, warten, uneingedenk ihrer Pflicht gegen die Heimat und geblendet durch die glänzenden Preise, die andern gezahlt werden, auf den Augenblick, wo auch sie, mit einem nur durch die günstige Konjunktur auf dem Gütermarkt gewonnenen Vermögen in der Tasche, der Ostmark den Rücken kehren können. Leider haben die Stimmen der Selbstsucht und kurzfristigen Unvernunft, die eine förmliche Korruption in den landwirtschaftlichen Verhältnissen der Ostmark herbeigeführt haben, mehr Einfluß, als gut ist; sie gelten als Stimmen berechtigter landwirtschaftlicher Interessen, auf die die Führer der konservativen Parteien hören zu müssen glauben. Und doch muß etwas geschehen, um die fast schon unvermeidliche Gefahr einer wirtschaftlichen Krisis abzuwenden. Dazu sollte das Enteignungsprojekt der preußischen Regierung dienen, das bei geschickter Handhabung zunächst noch mit hohen Güterpreisen hätte rechnen müssen, aber doch durch das mit der Zeit notwendige eintretende Nachlassen

der übermäßigen polnischen Angebote, einen allmählichen Rückgang der Preise auf eine normale Höhe herbeigeführt hätte. Aber mit einem Zynismus ohnegleichen wurde aus agrarisch-konservativen Kreisen heraus gerade das als eine Folge, die man verhindern wollte, hingestellt. In der Tat wird die Vorlage in ihrer neuen Gestalt auf die Gestaltung der Güterpreise zunächst nicht mäßigend wirken können, da die Enteignung auf ein so enges Gebiet begrenzt wird, daß der Eifer der Polen, mit dem sie die Gegenwehr in den ihnen vorläufig preisgegebenen Teilen der Ostmark betreiben werden, nicht abgeschreckt, sondern angespornt wird. Man wird also das Kompromiß in der Ostmarkenvorlage nur insoweit als einen Erfolg begrüßen können, als wenigstens das schlimmste Übel, die völlige Lahmlegung der Ansiedlungskommission, für kurze Zeit abgewandt wird, und als sich in dieser Zeit auch für die jetzt noch Zweifelnden die Notwendigkeit herausstellen muß, energischer zuzufassen. Im übrigen läßt sich über das Kompromiß nur dasselbe sagen, was über jede Halbheit und Unzulänglichkeit gesagt werden muß.

Noch eine andre bedeutende Aufgabe hat der preußische Landtag in diesem Winter vor sich, die Neuregelung der Beamtenbesoldungen. In der Beantwortung einer Interpellation hat der Finanzminister die Grundzüge dieser Reform, mit der auch die Besoldungen der Lehrer und Geistlichen verbessert werden sollen, dargelegt und sich der Zustimmung der großen Parteien versichert. Allerdings wird die Frage, wie die Mittel für diese dauernden Mehraufwendungen zu beschaffen sind, noch manche Schwierigkeiten mit sich bringen, da auch in Preußen die Finanzfrage jetzt zu eng mit der Frage der Reichsfinanzen verquickt ist.

Im Reichstage liegt jetzt der Schwerpunkt in den Kommissionsverhandlungen, da die größeren Vorlagen alle die erste Lesung passiert haben. Von besonderem Interesse sind dabei die Verhandlungen über die Flottenvorlage. Wie sich bei der Lage der Dinge von selbst versteht, haben die Vertreter der Blockparteien den in der Vorlage und im Etat gemachten Vorschlägen der verbündeten Regierungen rückhaltlos zugestimmt. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß man auch weitergehenden Forderungen zugestimmt hätte, soweit sich diese im Rahmen des Flottenbauplans hielten und nur eine Abkürzung der Bauzeiten bezweckten. Freilich hätte dazu gehört, daß das Reichsmarineamt selbst diese Forderungen stellte und ihre Notwendigkeit dargetat. Als nun in der Kommission von nationalliberaler Seite die Meinung geäußert wurde, daß sich eine Beschleunigung des Flottenbaus wohl gerechtfertigt hätte, konnte man nach der bisherigen Haltung des Reichsmarineamts erwarten, daß der Staatssekretär sachliche, militärische und marinetechnische Gründe dafür anführte, daß eben nicht mehr gefordert werden dürfe, als in Vorlage und Etat angegeben war. Überraschenderweise geschah das nicht. Der Staatssekretär gab vielmehr zu, daß die Anregungen der Nationalliberalen Verbesserungen und berechnete Wünsche darstellten, lehnte aber die Initiative des Reichsmarineamts mit dem ironischen Hinweis ab, daß er solche Vorschläge gern annehmen würde, wenn die Nationalliberalen eine Mehrheit im Reichstage dafür schaffen wollten. Es sind also nicht sachliche, sondern parlamentarisch-taktische Gründe, die das Reichsmarineamt veranlaßt haben, bei Vorschlägen stehen zu bleiben, die es selbst für unzulänglich hält. Daß das ein sehr bedenklicher Standpunkt ist, braucht kaum besonders ausgeführt zu werden. Eine solche Stellungnahme ist nicht nur grundsätzlich unrichtig, sondern in diesem Fall auch tatsächlich unhaltbar, weil die Blockmehrheit des Reichstags in der Flottenfrage keine ernsthaften prinzipiellen Gegensätze der ihr angehörenden Parteien zu überwinden hatte, sondern ganz ungebunden in ihrem Entschlusse war, das zu bewilligen, was ihr als sachlich notwendig nachgewiesen wurde.

Bei der Börsengesetznovelle, die in der ersten Lesung noch kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstags verhandelt wurde, liegen ja die Verhältnisse schwieriger,

weil hier die Gegensätze zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Blocks mit wirtschaftlichen Interessengegensätzen verquickt sind. Doch läßt sich auch hier auf eine Verständigung in der Kommission hoffen.

Das Schlimme ist, daß eigentlich alle Fragen, die jetzt im Reiche und in den Einzelstaaten verhandelt werden, in die leidige Frage der Reichsfinanzreform ausmünden. Der Übelstand liegt, wie hier schon früher angedeutet wurde, nicht etwa in einer übergroßen Belastung des deutschen Volks im allgemeinen, sondern in der Schwierigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten, die dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs genügend angepaßt ist. In der Frage der direkten Reichsteuer stehen sich die Gegensätze noch ungeklärt und unausgeglichen gegenüber. Der Weg zu solchen Steuern ist durch die jetzige Fassung des Artikels 70 der Reichsverfassung — diese Fassung stammt aus dem Reichsgesetz vom 14. Mai 1904 — freigegeben worden. Aber die Einzelstaaten widersetzten sich jedem Steuerprojekt, das von dieser Freiheit Gebrauch machen will, mit zäher Energie. Und das ist sehr verständlich und natürlich, weil die ergiebigsten indirekten Steuerquellen dem Reiche vorbehalten und den Einzelstaaten entzogen sind, demzufolge die Einzelstaaten zur Bestreitung ihres eignen Ausgabebedarfs auf die möglichst unbeschränkte Ausnutzung der direkten Steuern für sich selbst angewiesen sind. Wenn nun das Reich von den ihm zugewiesenen indirekten Steuern aus irgendwelchen Gründen einen unzureichenden Gebrauch macht und dafür in das Gebiet der direkten Besteuerung eingreift, so sagen die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen nicht ohne Berechtigung: Warum nutzt das Reich die Steuerquellen, die es besitzt, nicht aus, ehe es uns einen Teil von dem wegnimmt, was wir selbst notwendig gebrauchen? Daraus entsteht allerdings eine einseitige Beschränkung der Einzelstaaten in ihrer Verwaltung, und das ist um so bedeutungsvoller, als man vorläufig noch nicht weiß, wie man einen gerechten Ausgleich dafür schaffen kann. Die Stärke des Reichs beruht darauf, daß die gemeinsamen, der einheitlichen Leitung bedürftigen Aufgaben aller deutschen Staaten bestimmt durch die Verfassung umschrieben sind, im übrigen aber die dem Volke lieb gewordene und mit ihrem dynastischen Gefühl eng verwobene Freiheit der einzelnen Staaten in der Ordnung ihrer eignen Angelegenheiten nicht ohne Not angetastet wird. Wenn sich aber die Einzelstaaten ohne zwingende Notwendigkeit durch Eingriffe des Reichs darin behindert sehen, ihre Verwaltung so zu gestalten, wie es die vernünftige Ausnutzung der Steuerkraft ihrer Bevölkerung vorschreiben würde, so darf man den Widerstand gegen eine solche Ordnung der Reichsfinanzen nicht als unberechtigten Partikularismus schelten. Dann täte man allerdings besser, aus dem Deutschen Reiche einen Einheitsstaat zu machen. Überdies beruht ja der Widerstand gegen eine gerechte und vernünftige Besteuerung der Massenkonsumartikel wie Bier und Tabak nicht auf verständigen Erwägungen, sondern doch allein auf der Angst der Parteien vor den Wählern. Solange dieser Bann des Unverständes noch nicht gebrochen ist, haben die Einzelstaaten allerdings keinen Grund, zu einer unzweckmäßigen, das Volk stärker und nebenbei auch ungerechter belastenden Einschränkung ihrer Verfügungsfreiheit die Hand zu bieten.

Eine lang verkannte deutsche Landschaft. Wer von den landschaftlichen Reizen des Rheins spricht, der denkt dabei gewöhnlich nur an den durch alte malerische Städtchen, Burgruinen und Rebenhügel charakterisierten Teil des Stromlaufs zwischen Mainz und Bonn. Daß es zwischen dem Bodensee und dem Rheingau einerseits und zwischen der Siegmündung und der holländischen Grenze andererseits Partien gibt, die an Schönheit mit jenem sogenannten romantischen Teile wetteifern und sie an Lust- und Sichtstimmungen noch übertreffen, ist leider wenig bekannt. Der Oberlauf des Rheins hat in den letzten Jahren wiederholt begeisterte

Schilderer gefunden, während für den Unterlauf unsers Wissens bisher eine vom ästhetischen Standpunkte geschriebene zusammenfassende Darstellung fehlte. Eine solche bietet den Freunden der deutschen Landschaftskunde nun Wilhelm Schäfer, der Herausgeber der schönen Düsseldorfer Monatschrift „Die Rheinlande“, in seinem kleinen Buche: *Der Niederrhein und das bergische Land* (5. Band der Sammlung: *Städte und Landschaften*. Herausgegeben von Leo Greiner. Stuttgart, Carl Krabbes Verlag, kartoniert 2 Mark, gebunden in Halbfranz 3 Mark 50 Pf.). In neun Kapiteln behandelt er die Ufergebreite mit ihrem weiten Horizont, den charakteristischen großkrönigen deutschen Pappeln, dem phantastischen Wolkenzug und dem Silberlicht der Fernen, die alten, zum Teil schon holländisch anmutenden Nester, das heilige Köln mit seinen wunderbaren Kirchen, das fröhliche Bonn und das schmucke Düsseldorf, das sich aus einer vornehmen Residenz, aus einer Garten- und Kunststadt immer mehr zur Zentrale eines großen Industrie- und Handelsgebietes entwickelt. Mit besondrer Liebe verweilt der Verfasser dann bei dem bergischen Lande, wo landschaftliche Reize wie prächtige Wälder, von Bergwässern durchrieselte Täler und alte malerische Höfe in unmittelbarer Nähe der gewerbefleißigen Städte zu finden sind, und wo sich das Volk mit seiner seltsamen Mischung von rheinischer Beweglichkeit und westfälischer Energie noch immer in Sitte, Sprache und Baustil die alte, weltfremde Eigenart bewahrt hat. Endlich legt Schäfer für den Industriebezirk an der Ruhr eine Lanze ein, indem er auf die ästhetische Seite der großen Hüttenwerke, Schächte und Fabriken hinweist. Manchen wird es interessieren, hierbei zu erfahren, daß der Ruhrorter Rheinhafen, dieses gewaltige Tor des Industriebezirks, Hamburg-Guxhaven im Tonnenverkehr fast erreicht, Bremen-Bremerhaven dagegen um das Dreifache übertrifft.

Etwas für Vogelfreunde. Die unaufhaltsam fortschreitende Kultur, die, von den Großstädten ausgehend, allmählich auch das platte Land in ihren Bann zieht, die sogenannte „rationelle“ Forstwirtschaft, die keinen hohlen Baum mehr duldet, und der moderne Betrieb des Ackerbaus, der mit jedem „nutzlosen“ Busch, mit jeder Dornen- oder Brombeerhecke unnachsichtlich aufräumt, berauben eine große Zahl unsrer anmutigsten und nützlichsten Vögel ihrer notwendigsten Lebensbedingungen. Seit Jahren bemühen sich Vereine, Zeitungen und Private, durch vernünftige Aufklärung der meist aus reiner Gedankenlosigkeit sündigenden Menschheit dem gänzlichen Verderben unsrer deutschen Vogelwelt entgegenzuwirken und zu retten, was noch zu retten ist. Diesem dankenswerten Zweck soll auch ein im Verlage von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig soeben zum Preise von 2 Mark 50 Pf. erschienenenes Buch dienen, der Vogelkalender zur Einführung in unsre heimische Vogelwelt, herausgegeben von Professor Hanns Fehner, verfaßt von Pfarrer Otto Kleinschmidt, mit Steinzeichnungen von Berthold Claus.

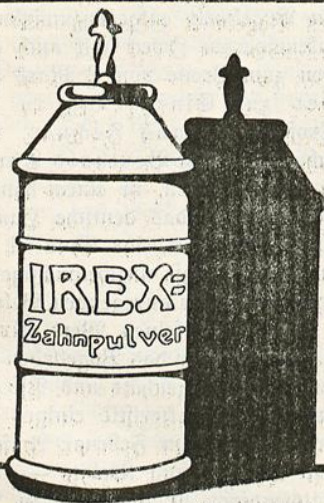
Schon das schmutze Äußere des künstlerisch ausgestatteten, in einem handlichen Kleinfolioformat gedruckten Werkes wird ihm den Weg in das deutsche Haus und vor allem in die Hände der lieben Jugend ebnen, die ihre, ihr Gott sei Dank! meist angeborne Liebe zur Natur noch gar zu oft in höchst unzumutiger oder gar schädlicher Weise betätigt, und die am dringendsten einer anregenden Belehrung bedarf. Der Kalender hat kein Kalendarium, behält also seinen Wert für jedes Jahr. Er bringt für jeden Monat einen kurzen Bericht über das Vogelleben dieses Monats im allgemeinen, über Zug, Gesang, Nestbau, Brutgeschäft und Pflege der Jungen, ferner die kurze, aber ziemlich erschöpfende Charakteristik einiger Vögel, die in diesem Monat besonders ins Auge fallen — z. B. im Februar Amsel und Bachstelze, im März das Rotkehlchen, im April Edelfink und Kiebitz —, endlich eine knappe Orientierung über die jedesmal notwendigen Maßnahmen zu Vogel-

schutz und -Hege, wie Einrichtung von Futterplätzen und Schaffung geeigneter Nistgelegenheiten. In der Hauptsache sind sämtliche hier besprochenen Vögel allbekannte Standvögel oder Sommergäste, eine Ausnahme macht nur der Seidenschwanz, der farbenprächige Fremdling aus dem hohen Norden, der sich aller paar Jahre, in strengen Wintern, einmal bei uns sehen läßt.

Etwa die Hälfte des Raumes nehmen die Abbildungen ein, in vielfarbigem Steindruck wahrhaft künstlerisch und absolut naturgetreu ausgeführt. Ganz besonders hübsch ist der Umschlag, der einen von Rosen umrankten Nistkasten zeigt, worin eine Blaumeise von einem Buntspecht überrascht wird.

Der originelle Kalender verdient die weiteste Verbreitung — zur Freude aller Naturfreunde und zum Segen unsrer geliebten Vögel in Garten, Feld und Wald!

Das große Weltpanorama der Reisen, Abenteuer, Wunder, Entdeckungen und Kulturtaten in Wort und Bild. Ein Jahrbuch für alle Gebildeten. Berlin und Stuttgart, Spemann (Preis gebunden 7 Mark 50 Pf.). Man muß wirklich erstaunen, mit welchem Fleiß und mit welcher Sachkenntnis in dem vorliegenden siebenten Bande des Weltpanoramas diese Fülle anregender und fesselnder Wissensstoffe aus dem Gebiete der Wanderschaften und Entdeckungsfahrten zusammengetragen ist. Je mehr das Interesse des deutschen Volkes an den großen Kulturaufgaben über See, an deutschem Handel und Wandel in fernen Ländern und in unsern Kolonien wächst, desto größer und allgemeiner wird auch das Bedürfnis nach gehaltvoller, belehrender Lektüre über alle diese Fragen. Vereint ein Buch mit wissenschaftlicher Aufklärung auch noch eine gesunde Anregung der Phantasie, und gewährt es auch dem Humor eine freundliche Stätte, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Der vorliegende Band des Weltpanoramas enthält fünf größere Erzählungen, von denen die Sturmnacht im Kaskadengebirge von Fesko von Puttkamer uns besonders gefallen hat. Wertvoll sind die Berichte über Reisen, Länder- und Völkerkunde, zum Beispiel über einen Besuch in Japan von Katharina Zitelmann, über Leben und Zustände in Marokko von Gustav Diercks. Anregend und frisch geschrieben sind die Mitteilungen aus dem Gebiete der Meereskunde und der Schifffahrt, der Zoologie und Pflanzenkunde, der Jagd, des Sports und der Technik. Eine Menge von Kuriositäten sind durch das ganze Buch zerstreut.



IREX-Zahnpulver ist ein
Ideal-Präparat von denkbar
zartester Feinheit, unergleich-
lich für die Pflege und Weiß-
haltung der Zähne.

Sehr sparsam im Verbrauch. Eine
Dose Irex (Preis M. 1.—) enthält
etwa 60 Portionen Irex-Zahnpulver,
reicht also bei täglichem Gebrauche
etwa 2 Monate.